

Deutschland-Bremen: Versicherungen

OJ S 62/2023 28/03/2023

**Bekanntmachung vergebener Aufträge – Sektoren
Dienstleistungen**

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/25/EU

Abschnitt I: Auftraggeber

I.1. Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: swb AG

Postanschrift: Theodor-Heuss-Allee 20

Ort: Bremen

NUTS-Code: DE501 Bremen, Kreisfreie Stadt

Postleitzahl: 28215

Land: Deutschland

Kontaktstelle(n): EWE Konzerneinkauf

E-Mail: alexander.mirow@ewe.de

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: www.swb.de

I.6. Haupttätigkeit(en)

Strom

Abschnitt II: Gegenstand

II.1. Umfang der Beschaffung

II.1.1. Bezeichnung des Auftrags

Allgefahrenversicherung (Sachversicherung, Maschinenversicherung und teilweise Betriebsunterbrechungsversicherung) Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb für Vertragsbeteiligung

Referenznummer der Bekanntmachung: 22_3986a

II.1.2. CPV-Code Hauptteil

66510000 Versicherungen

II.1.3. Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4. Kurze Beschreibung

Beschaffung einer Allgefahrenversicherung (Sach-, Maschinenversicherung inkl. teilweiser Betriebsunterbrechungsversicherung) für die stationären und mobilen Risiken der swb AG sowie der angeschlossenen Tochterunternehmen. Die zu versichernden Risiken umfassen sowohl Verwaltungs- als auch Kraftwerksstandorte.

II.1.6. Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2. Beschreibung

II.2.2. Weitere(r) CPV-Code(s)

66515000 Schaden- oder Verlustversicherungen, 66515100 Feuerversicherungen, 66519200 Maschinenbetriebsversicherungen

II.2.3. Erfüllungsort

NUTS-Code: DE501 Bremen, Kreisfreie Stadt

Hauptort der Ausführung: swb AG Theodor-Heuss-Allee 20 28215 Bremen

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

Vertragsbeteiligung (insgesamt 45%) im Rahmen der Allgefahrenversicherung für die Risiken der swb AG sowie deren angeschlossenen Unternehmen. Anzubieten ist eine Beteiligungsquote von mindestens 5%.

Es handelt sich hierbei um die Beschaffung der noch offenen Versicherungsbeteiligungen i.H.v. 45%, welche in dem ursprünglichen Vergabeverfahren [2002/S 143-410677](#) nicht beschafft werden konnte.

II.2.11. Angaben zu Optionen

Optionen: nein

II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14. Zusätzliche Angaben

Der Preis (Gesamtprämie) und die Vertragsbedingungen (Besondere Vereinbarungen) stehen bereits fest und sind daher kein Zuschlagskriterium. Es erfolgt keine Auswahl einzelner Angebote, sondern eine Aufteilung der Beteiligungsquoten auf die Bieter gemäß in den Vergabeunterlagen dargestellten Methode.

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1. Beschreibung

IV.1.1. Verfahrensart

Auftragsvergabe ohne vorherige Bekanntmachung eines Aufrufs zum Wettbewerb im Amtsblatt der Europäischen Union (für die unten aufgeführten Fälle)

- Keine oder keine geeigneten Angebote/Teilnahmeanträge nach einem Verfahren mit vorherigem Aufruf zum Wettbewerb

Erläuterung:

Der Auftraggeber hat ein öffentliches Verhandlungsverfahren zum Zwecke der Vergabe einer Allgefahrenversicherung (Sachversicherung, Maschinenversicherung und teilweise Betriebsunterbrechungsversicherung) durchgeführt, für das er mit Bekanntmachung [2022/S 143-410677](#) vom 22.07.2022 im Supplement zum Amtsblatt der Europäischen Union einen Aufruf zum Wettbewerb veröffentlicht hat (im Folgenden bezeichnet als "Vergabeverfahren [2022/S 143-410677](#)"). Die Ausschreibung umfasste folgende Lose:

Los 1: Vertragsführung (30%)

Los 2: Vertragsbeteiligung (insgesamt 70%)

Nach Abschluss der Verhandlungen lagen dem Auftraggeber in dem o.g. Vergabeverfahren [2022/S 143-410677](#) die finalen Angebote vor. Diese deckten Los 1 (Vertragsführung 30%) vollständig, Los 2 (Vertragsbeteiligung) jedoch nur anteilig i.H.v. 25% ab. In Bezug auf die

Vergabe der verbleibenden Vertragsbeteiligung war die Ausschreibung mangels Eingangs von Angeboten nicht erfolgreich. Der Auftraggeber hat daher in Bezug auf diese Teilleistung das Vergabeverfahren [2022/S 143-410677](#) für Los 2 beendet. Diese Teilleistung i.H.v. 45% wurde nun im Rahmen eines "Verhandlungsverfahrens ohne Teilnahmewettbewerb" vergeben. Die Erteilung der Zuschläge für die Lose 1 und 2 im Vergabeverfahren [2022/S 143-410677](#) erfolgte zeitgleich mit der Vergabe der noch fehlende Beteiligungsquote.

IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.8. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: nein

IV.2. Verwaltungsangaben

IV.2.1. Frühere Bekanntmachung zu diesem Verfahren

Bekanntmachungsnummer im ABl.: [2022/S 143-410677](#)

IV.2.8. Angaben zur Beendigung des dynamischen Beschaffungssystems

IV.2.9. Angaben zur Beendigung des Aufrufs zum Wettbewerb in Form einer regelmäßigen nichtverbindlichen Bekanntmachung

Abschnitt V: Auftragsvergabe

Auftrags-Nr.: 22_3986a

Los-Nr.: Los 2

Bezeichnung des Auftrags:

Vertragsbeteiligung

Ein Auftrag/Los wurde vergeben: ja

V.2. Auftragsvergabe

V.2.1. Tag des Vertragsabschlusses

21/03/2023

V.2.3. Name und Anschrift des Wirtschaftsteilnehmers, zu dessen Gunsten der Zuschlag erteilt wurde

Offizielle Bezeichnung: Allianz Global Corporate & Specialty SE / Berkshire Hathaway Speciality Insurance / Swiss Re International SE

Ort: Köln

NUTS-Code: DEA23 Köln, Kreisfreie Stadt

Land: Deutschland

Der Auftragnehmer ist ein KMU: nein

V.2.4. Angaben zum Wert des Auftrags/Loses

V.2.5. Angaben zur Vergabe von Unteraufträgen

V.2.6. Für Gelegenheitskäufe gezahlter Preis

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.3. Zusätzliche Angaben

Ergänzend zu V.2.3:

Die hier ausgeschriebene Vertragsbeteiligung (insgesamt 45%) wurde an die nachstehenden Bieter vergeben:

- Allianz Global Corporate & Specialty SE; Cäcilienkloster 8, 50667 Köln
- Berkshire Hathaway Speciality Insurance; Cäcilienstraße 30, 50667 Köln
- Swiss Re International SE; Arabellastraße 30, 81925 München

Bekanntmachungs-ID: CXP4YRV6NZK

VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Bremen - Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau

Postanschrift: Contrescarpe 72

Ort: Bremen

Postleitzahl: 28195

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@bau.bremen.de

Telefon: +49 421361-2487

Fax: +49 421496-32311

VI.4.2. Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Bremen - Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau

Postanschrift: Contrescarpe 72

Ort: Bremen

Postleitzahl: 28195

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@bau.bremen.de

Telefon: +49 421361-2487

Fax: +49 421496-32311

VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Auf die Rüge- und Ausschlussfristen gem. §§ 135 Abs. 2, 160 Abs. 3 GWB wird hingewiesen.

Gemäß § 160 Abs. 1 GWB leitet die Vergabekammer einen Nachprüfungsantrag nur auf Antrag ein. Der Antrag ist unter anderem unzulässig, wenn der Antragsteller den behaupteten Verstoß gegen Vergabevorschriften nicht rechtzeitig gerügt hat. Verstöße, die im Vergabeverfahren erkannt werden, müssen gegenüber dem Auftraggeber innerhalb von zehn Kalendertagen gerügt werden (§ 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 1 GWB). Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, müssen spätestens bis zum Ablauf der Teilnahmefrist gerügt werden (§ 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 2 GWB). Verstöße, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, müssen spätestens bis zum Ablauf der Teilnahmefrist oder Angebotsfrist gerügt werden (§ 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 3 GWB). Ferner ist der Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind (§ 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 4 GWB).

§ 160 Abs. 3 S. 1 GWB gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrages nach § 135 Abs. 1 Nr. 2 GWB (Auftragsvergabe ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im EU-Amtsblatt, ohne dass dies aufgrund Gesetzes gestattet ist). In

diesem Fall kann der Antrag gem. § 135 Abs. 2 GWB innerhalb von 30 Kalendertagen nach der Information der betroffenen Bieter und Bewerber durch den Auftraggeber über den Abschluss des Vertrags, jedoch nicht später als sechs Monate nach Vertragsschluss gestellt werden; abweichend davon gilt bei Bekanntmachung der erfolgten Auftragsvergabe im EU-Amtsblatt eine Frist von 30 Kalendertagen nach Veröffentlichung der Bekanntmachung.

VI.4.4. Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Bremen - Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau

Postanschrift: Contrescarpe 72

Ort: Bremen

Postleitzahl: 28195

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@bau.bremen.de

Telefon: +49 421361-2487

Fax: +49 421496-32311

VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

23/03/2023